



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2006

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Tag: Donnerstag, 09.02.2006

Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201

Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Antrag der SPD-Fraktion
4. Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 0055/2006
5. Jugendarbeitslosigkeit (Integration U25)
Mündlicher Bericht
6. Bericht der ARGE Hagen zum Geschäftsjahr 2005
7. Ausbauplanung 'Offene Ganztagschule' in Hagen und daraus resultierende Veränderungen in der Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung
Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit (55-M12)
Vorlage: 0076/2006
8. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen.
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55/M 07) – Zweite Lesung -
Vorlage: 1085/2005
9. Auswirkungen Landeshaushalt 2006
Mündlicher Bericht



10. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
hier: Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe
55-M 05
Vorlage: 0064/2006
11. Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz
Mündlicher Bericht
12. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Mitteilungen

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Frau Klos-Eckermann darum, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt aufzunehmen und zwar „Antrag der SPD-Fraktion“.

Herr Strüwer schlägt vor, den neuen Tagesordnungspunkt unter Punkt 3 zu diskutieren.

Herr Steuber berichtet, dass es bezüglich einer Vorlage des Liegenschaftsamtes bezüglich verschiedener Umzüge im Rathaus II Irritationen gegeben habe.

Herr Haensele bezieht sich auf die Auftaktveranstaltung zum Bündnis für Familien und bittet, diese Thematik zukünftig als Standardtagesordnungspunkt in die Tagesordnung mit aufzunehmen.

Herr Fischer berichtet, dass die AG I den Jahresbericht der Jugendhilfeträger bearbeitet habe und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die neue Berichtsform bereits für den Jahresbericht 2005 verwendet werden könne.

Außerdem berichtet er von der geplanten Volksinitiative zur Beibehaltung der gesamten Kinder- und Jugendhilfeförderung. Er bittet die Anwesenden, die in Hagen wohnen, sich in die Liste einzutragen. Dabei soll Herr Strüwer als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses den Anfang machen. Benötigt würden wiederum 66.000 Unterschriften bis zum 05.05.06.

Herr Strüwer erinnert daran, dass es schon immer ein Anliegen des Jugendhilfeausschusses gewesen sei, die Jugendarbeit zu fördern. Es sei äußerst bedauerlich, dass die jetzige Koalition ihr Versprechen dahingehend nicht einhalten würde. Es sei daher selbstverständlich, dass das Interesse dahin ginge, dass das Leben des Jugendhilfegesetzes und des Jugendförderplans auch umgesetzt werde. Dieses sollte auch in den Etatberatungen noch einmal Berücksichtigung finden. Die Aufstockung der Mittel über die 75.000 Euro sollten im Landtag bewirkt werden.

Auch im Rat habe es auf Bitten des Antragsstellers hin zu dieser Resolution ein einstimmiges Votum gegeben. Man könne davon ausgehen, dass dieser Appell auch überörtlich und auf Landesebene sehr eindeutig sei.

Herr Schledorn nimmt Bezug auf den vorgelegten Armutsbericht. In diesem Zusammenhang finde am 9. März eine Armutskonferenz statt. Veranstalter seien der DGB Hagen und der evangelische Kirchenkreis.



Herr Strüwer informiert die Ausschussmitglieder zu dem in der letzten Ausschusssitzung diskutierten Tagesordnungspunkt „Soziale Vorhaltefläche Am Römershof / Auf dem Rode“. Der Rat habe in seine letzten Sitzung zugestimmt, das Grundstück zu kaufen.

Damit sei die geführte Diskussion hinfällig geworden.

Herr Steuber merkt an, dass in der nächsten Sitzung zu diesem Thema ein Vertreter des Fachbereiches Planen und Bauen eingeladen worden sei, um grundsätzlich zu dieser Thematik etwas zu sagen. Er möchte wissen, ob daran noch Interesse bestehe.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass dies nicht mehr nötig sei. Weiterhin berichtet er aus der gestrigen Sitzung der Bezirksvertretung Hohenlimburg, in der unter anderem Thema die Berichte der Starter I-Schulen gewesen seien. Darüber sei im Dezember des letzten Jahres anhand einer Tischvorlage auch in diesem Ausschuss diskutiert worden.

Er schlägt vor, die Diskussionen der Bezirksvertretungen abzuwarten, und die Thematik dann in der März-Sitzung nochmals aufzugreifen.

2. Anliegen der Jugendräte

Frau Lebuser berichtet, dass das Beteiligungsverfahren der Kinder und Jugendlichen am Flächennutzungsplan abgeschlossen und die Ergebnisse am 02. Februar 06 im Rat präsentiert worden seien. Da die Jugendlichen viel Zeit und Energie in den Prozess investiert hätten, seien sie daran interessiert, auch am weiteren Verfahren beteiligt zu werden.

Gewünscht sei ein jährlicher Sachstandsbericht der Verwaltung bezüglich der Umsetzungsschritte und der Ergebnisse, die dann in den Jugendräten und den Bezirksvertretungen diskutiert werden könnten.

Weiterhin sähe es so aus, als ob das Floßprojekt nunmehr auch zum Abschluss gebracht werden könnte. Diese seien zur Zeit im Werkhof untergebracht. Eine Zusammenarbeit mit dem Yachtclub Harkortsee sei hier geplant. Die Flöße sollten für ein Jahr zur Probe als schwimmende Inseln verankert werden. Hierzu sei ein Änderung der Konzeption notwendig, die bereits von den Kindern und Jugendlichen ausgearbeitet worden sei. Ein abschließendes Gespräch hierzu finde am 16.02.06 statt. Auch bezüglich der Versicherungsproblematik sei schon ein Lösung in Sicht.

Herr Traut informiert zum Thema Schulbereisung, das ein Anliegen der Jugendräte in der letzten Sitzung war. Die Schulverwaltung und die GWH hätten ihr Einverständnis dahingehend gegeben hätten, dass jeweils zwei Schülervertreter an der jeweiligen Schulbereisung teilnähmen.

An einigen Schulen seien schon Vertreter benannt worden. Die anderen Schulen würden folgen.



Desweiteren würde zur Zeit das Wahlverfahren für den gesamtstädtischen Jugendrat von einer Planungsgruppe festgelegt. Letzte organisatorische Fragen würden geklärt und im Laufe des Jahres fände voraussichtlich eine konstituierende Sitzung statt. Dazu werde es dann eine gesonderte Vorlage geben.

3. Antrag der SPD-Fraktion

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Klos-Eckermann erläutert den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Sie stellt fest, dass die Tageszeitung den meisten Jugendlichen nicht mehr als Informationsquelle zur Verfügung stehe. Das Internet sei das Medium, das von den Jugendlichen genutzt werde.

Herr Traut berichtet, dass die Jugendräte beabsichtigten, im Internet ein Forum aufzubauen, in dem es Informationen über Veranstaltungen für Jugendliche in Hagen geben solle.

Herr Goldbach merkt an, dass es bereits eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gebe, die auch schon getagt habe. Hier könne man das Anliegen der SPD-Fraktion anbinden.

Herr Fischer hielte es für günstig, alle Angebote für Jugendliche auf dieser Seite zu präsentieren, da die Jugendlichen selbst herausfiltern möchten, welches Angebot auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten seien.

Nach kurzer Diskussion, ob es sinnvoll sei, neben städtischen auch kommerzielle Angebote mitaufzunehmen, kommen die Ausschussmitglieder zu dem Schluss, dass die Jugendlichen verantwortungsvoll genug seien, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und daher alle Angebote mitaufgenommen werden sollten.

Abschließend bittet Herr Strüwer die Verwaltung, die verschiedenen Ansatzpunkte zu koordinieren und stellt dann den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, sich um die bessere Vermarktung aller Freizeitaktivitäten für Jugendliche zu kümmern, und zwar durch

- die Präsentation auf der Internet-Seite der Stadt Hagen
- Plakatierung in den Stadtteilen
- bessere Information in den Schulen.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 0055/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, den Beschluss um einen Satz zu erweitern.
„Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, jährlich über die Umsetzung der Vorschläge und Anregungen Bericht zu erstatten“.

Anschließend erläutert Herr Goldbach die Vorlage.

Herr Strüwer bedankt sich auch im Namen der Ausschussmitglieder bei allen Beteiligten für Ihre hervorragende Arbeit und stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung,

die sich aus der Dokumentation des externen Planungsbüros ergebenden Anregungen und Empfehlungen bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes sowie zukünftigen relevanten Fachplanungen in die Abwägung einzustellen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, jährlich über die Umsetzung der Vorschläge und Anregungen Bericht zu erstatten.

Die Beschlussfassung über den Vorentwurf des Flächennutzungsplanes ist für Ende 2006 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Jugendarbeitslosigkeit (Integration U25)
Mündlicher Bericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, die beiden folgenden Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammenzufassen.



6. Bericht der ARGE Hagen zum Geschäftsjahr 2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer stellt Frau Schmieta von der ARGE und Herrn Waßmuth von der Agentur für Arbeit vor, die über diese Themen berichten.

Herr Waßmuth berichtet zum Thema Jugendarbeitslosigkeit (Integration U25). Die vorgetragenen Zahlen sind dem Protokoll **als Anlage** beigefügt.

Frau Schmieta weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die von Herrn Waßmuth genannten Zahlen für die SGB II-Empfänger deutlich unterscheiden. Bei diesem Personenkreis hätten 80 % der unter 25jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Rund 36 % dieses Personenkreises hätte keinen Schulabschluss.

Hier existierten zwei Welten zwischen den SGB II beziehenden Jugendlichen und denen, die entweder SGB III-Leistungen bezögen oder denen, die nur in der Beratung seien, weil ihr Lebensunterhalt sichergestellt sei.

Herr Strüwer stellt fest, dass in dem Conrollingbericht deutlich werde, dass Hagen im Vergleich zu anderen Kommunen denkbar schlecht aussähe. Er möchte wissen, ob es bei der Agentur ein Umdenken dahingehend gebe, die Mittel, die bereitgestellt würden, um Menschen in Arbeit zu bringen, auch dementsprechend eingesetzt würden.

Frau Schmieta erläutert die Gründe, die für dieses Ergebnis verantwortlich seien, stellt aber fest, dass Hagen hier eine Quote belege, die im Durchschnitt liege. Für das kommende Jahr habe man sich vorgenommen, ein besseres Ergebnis zu erzielen. Sie macht deutlich, dass solange keine Arbeitsplätze für die jungen Menschen zur Verfügung stünden, auch Fördermittel nichts bewirken könnten.

Herr Schledorn berichtet, dass in Hagen ca. 22% der unter 15-jährigen Sozialgeld bezögen. Diese kämen schon als ALG II-Empfänger zur Agentur für Arbeit. Er möchte wissen, ob diese systematisch erfasst und der Berufsberatung zugeführt würden. Gebe es viele Jugendliche, die 1 Euro-Jobs machten? Weiterhin möchte er bezüglich der Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Jugendliche wissen, ob diese Kurse stattgefunden hätten und wieviel Jugendliche dort beruflich rehabilitiert würden.

Frau Schmieta beantwortet den ersten Teil der Frage.

Es sei so, dass der Gesetzgeber eine Trennung im Vermittlungsbereich vorgesehen habe, die ihres Erachtens in der Praxis nicht sinnvoll sei.

Herr Strüwer erklärt, dass die ARGE von vielen Seiten kritisiert worden sei, was die Zusammenarbeit mit anderen Stellen angehe und es dadurch immer wieder zu Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Beschäftigungsangelegenheiten gekommen sei.



Frau Schmieta verdeutlichtet daraufhin die Problematiken, die sich aus der Vermittlungstätigkeit der ARGE ergäben.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer erklärt sie, dass diejenigen, die Maßnahmen unbegründet abbrechen, sanktioniert würde. Der Werkhof habe seine Abbrecherquote beispielsweise mit 40 % angegeben.

Herr Steuber berichtet, man habe in dieser Woche in der Trägerversammlung mit allen Trägern, die Arbeit anbieten, zusammengesessen, um auch diesen Vorwurf der überfrachteten Bürokratie zu diskutieren. Man habe die Situation, in der die ARGE stecke, bestimmte Arbeitsplätze zuzuweisen und gleichzeitig die Interessen der jungen Menschen auf einen passgenauen Arbeitsplatz zu wahren zur Kenntnis genommen.

Es habe eine Idee in dieser Runde gegeben, die auch geprüft werden solle, die erste Phase der Zuweisung sehr global zu organisieren. Nach dieser Idee werde der junge Mensch in ein Berufsfeld gewiesen, das auch präzise Arbeitsmerkmale enthalte und dann zu entwickeln, was für ein konkreter Arbeitsplatz bei dem Träger in einem solchen Berufsfeld angeboten werden könne.

Zum Thema Sanktionen möchte Herr Steuber wissen, ob es nach erfolgten Sanktionen ein Regelwerk gebe, dass automatisch die Jugendhilfe eingeschaltet würde. Weiterhin berichtet er, es gebe eine Empfehlung aus der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe, Angebote für junge Leute wie z.B. Beratungsmöglichkeiten, Angebote der Jugendhilfe und Jobcenter für U25-jährige unter einem Dach zu organisieren. Er hielte es daher für sinnvoll, eine optimalere Organisationsform für die U25-jährigen in Hagen zu finden.

Zum Thema „Sanktionen“ erläutert Frau Schmieta, dass die Regelleistungen bei Jugendlichen sofort auf null gefahren werden müssten. Die Kosten der Unterkunft würden aber auch weiterhin gewährt und direkt an den Vermieter gezahlt. Bei Bedarf bestünde für die Jugendlichen die Möglichkeit, Lebensmittelgutscheine und Sachleistungen zu bekommen. Das werde jedoch relativ wenig in Anspruch genommen. Eine konkrete automatisierte Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe gebe es jedoch nicht. Die Regelungen durch Sanktionen seien sehr starr, da der Zeitraum von drei Monaten Sperre in jedem Fall eingehalten werden müssten, auch wenn der Jugendliche Einsicht zeigen würde.

Herr Haensel greift die Anregung von Herrn Steuber auf, Kräfte zu bündeln. Inwieweit sei die ARGE zur Kooperation bereit?

Frau Schmieta erwidert, dass sie sich eine solche Lösung gut vorstellen könne.

Herr Waßmuth äußert seine Bedenken dahingehend, dass die Berufsberatung auch einen großen Teil Nichtarbeitlosengeld II-Empfänger berate. Wo solle da eine Schnittstelle gezogen werden?

Herr Steuber stellt fest, dass eine Lösung nicht hier und jetzt gefunden werden könnte. Er schlägt vor, diesen Arbeitstitel gemeinsam mitzunehmen über die Trägerversammlung oder über die AG, in der alle Beteiligten an einem Tisch säßen. Ziel müßte sein, die organisatorischen Einheiten auch räumlich für die



U25-jährigen in einem Haus zu bündeln.

Abschließend verteilt Frau Schmieta den Geschäftsbericht der ARGE.

Herr Strüwer schlägt vor, die Zahlen, die eingangs von Herrn Waßmuth vorge-tragen worden seien, dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Außerdem solle der Jugendhilfeausschuss in regelmäßigen Abständen wieder auf dieses Thema zurückkommen. Dies könne zum Anlaß genommen werden, den übersandten Controllingbericht, der in den nächsten Monaten noch aussa-gekräftiger sein werde, für einen beispielhaften Monat mitzuversenden, um dann in eine erneute Diskussion einzusteigen. Die Anregungen, die hier und heute in den Raum gestellt worden seien, könnten dann auf ihre Umsetzung hin überprüft werde.

7. **Ausbauplanung 'Offene Ganztagschule' in Hagen und daraus resultierende Veränderungen in der Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit (55-M12)**
Vorlage: 0076/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Kortmann und Frau Haack erläutern die Vorlage.

Die dargestellten Folien sind dem Protokoll **als Anlage** beigelegt.

Herr Strüwer bedankt sich bei allen Beteiligten für die Erstellung der gelunge-nen Vorlage und schlägt vor, diese anschließend nach den Teilbereichen A – D zu beraten.

Herr Reinke beantragt, die Beratung der Vorlage in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten. Es seien noch viele offene Fragen zu klären. Er spricht beispielsweise die Problematik der dritten Gruppe in der Dümpelstra-ße in Halden an, die aus finanziellen Gründen geschlossen werden soll, ob-wohl der Bedarf weiterhin vorhanden sei. Er bittet in diesem Zusammenhang um eine Übersicht der Kosten in der Tondernstraße und der dritten Gruppe in der Dümpelstraße.

Herr Strüwer schlägt vor, über den gestellten Antrag von Herrn Reinke zu ent-scheiden. Es sei sicherlich Aufgabe der Fachausschüsse, die Interessen aus den Bezirken zu bündeln und zusammenzuführen, um dann dem Rat eine Ent-scheidungsgrundlage zu liefern. Er halte es daher für sinnvoll, den Ratstermin auf den 30.03.2006 zu verschieben. Der Jugendhilfeausschuss könne dann erneut am 14.03.2006 über dieses Thema beraten. Er möchte von Herrn Kort-mann wissen, ob diese Terminfolgen seinen Interessen entgegenstehe. Dies ist nicht der Fall.



Herr Fischer regt an, eine Entscheidung über den Antrag erst nach der Beratung der Teilbereiche zu fällen.

Herr Strüwer ist damit einverstanden und stellt den ersten Teilbereich A zur Diskussion.

Herr Gebauer spricht den Stadtbezirk Nord an, der seines Erachtens ein eigener Lebensraum sei. Es sei unverständlich für ihn, dass es in der Grundschule Hefle keinen offenen Ganztags geben solle. Er bittet Herrn Kortmann um Aufklärung.

Herr Kortmann berichtet, er habe in den letzten Tagen aus diesem Grunde mit dem Schulleiter der Grundschule Hefle telefoniert. Trotz intensiver Beratung habe sich die Schulkonferenz nicht zu einer Zustimmung zur Einführung der offenen Ganztagschule in Hefle und auch in Eckesey durchbringen können.

Herr Gebauer möchte wissen, ob für die Grundschule Hefle denn zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit bestünde, noch in den offenen Ganztags einzusteigen. Er nimmt an, dass dies wahrscheinlich dann an den Finanzen scheitern würde.

Frau Haack weist darauf hin, dass es in Hefle schon immer das Angebot einer Halbtagsbetreuung bis 13.00 Uhr gegeben habe. Dieses Angebot habe den Eltern gereicht. Sie hätten das Angebot der offenen Ganztagschule nicht angenommen. Die Halbtagsbetreuung bis 13.00 Uhr sei nach wie vor gewährleistet.

Herr Goldbach antwortet Herrn Gebauer auf seine Frage hin, dass es in 1 bis 2 Jahren wahrscheinlich keine Investitionszuschüsse des Bundes mehr geben würde. Für die Schaffung räumlicher Voraussetzungen des offenen Ganztages müsste die Stadt dann die Kosten allein tragen. Die Betriebskosten für den offenen Ganztags seien derzeit landesweit auf 25 % der Kinder ausgelegt. Daher wäre auch nicht gesichert, dass man dann dafür auch Betriebskostenzuschüsse bekommen würde.

Herr Fischer möchte bezüglich der räumlichen Möglichkeiten im Hinblick auf die Erweiterung der Gruppen 2007/2008 wissen, ob es hier schon Ideen geben würde, wie das verwirklicht werden könnte. Als Beispiel führt er hier die vierte Gruppe in der Emil-Schumacher-Schule an.

Herr Kortmann erwidert, dass man hier langfristig auch z.B. im Hinblick auf nebenstehende Gebäude planen müsse. Dafür würden auch in 2007 die 500.000 € aus der Schulpauschale benötigt. Mit den 110.000 € pro Gruppe wäre nichts zu bewerkstelligen.

Herr Strüwer fragt im Hinblick auf die langfristigen Planungen, ob denn absehbar sei, ob die Schulkonferenzen der betreffenden Schulen dort mitziehen würden. Könnte es da noch Probleme geben? Weiterhin nimmt er Bezug auf die Thematik 13plus. Für den Grundschulbezirk Rummenohl sei dort aufgeführt, dass es 27 Kinder gebe, die in 13plus seien, aber man davon ausgehe, dass



man die offene Ganztagsgrundschule in diesem Bereich nicht realisieren könne und dass es Ausnahmetatbestände zur Fortführung von 13plus gebe. Sei das für Rummenohl so möglich?

Auf diese Frage antwortet Herr Kortmann, dass dies nach dem Erlasstext und den Mitteilungen des Städtetages für den ländlichen Bereich und Randbereiche von Großstädten als Ausnahmetatbestand möglich sei. Die katholische Bekenntnisschule Wesselbach in Hohenlimburg reflektiere auch auf diesen Ausnahmetatbestand. Für beide Schulen werde eine konkrete Anfrage in Arnsberg gestellt werden. Bei den Schulkonferenzen gehe man davon aus, dass es keine abweichenden Voten geben werde.

Herr Strüwer schließt den Teil A ab und geht zum Teil B über. Er stellt zunächst den Stadtbezirk Haspe zur Diskussion. Frau Haack habe das Thema Kinderhorte in Haspe schon angesprochen. Zum Thema Kinderhorte sei es wichtig, dass von Seiten der Verwaltung etwas dazu gesagt würde, da es dort im Vorfeld zu Irritationen gekommen sei.

Herr Steuber zitiert aus dem Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 26.01.06. Die Landesregierung ginge davon aus, dass Horte dann langfristig nicht mehr erforderlich seien. Der Entwicklungsprozess werde aber nicht automatisch im Jahr 2007 abgeschlossen sein. Die Landesregierung werde daher Horte ab 2008 im Umfang von bis zu 20 % der 2005 zur Verfügung stehenden Landesmittel weiter fördern, bis auch diese durch die offene Ganztagschule im Primarbereich ersetzt werden können. Horte könnten insbesondere für Kinder mit besonderem Förderbedarf und für Regionen mit problematischer Sozialstruktur über einen längeren Zeitraum notwendig sein. Hier gelte es, adäquate Regelungen zu finden. Die Landesregierung unterstütze die bereits von Kommunen und Trägern eingeleiteten Prozesse, Hortangebote in die offene Ganztagschule im Primarbereich zu überführen. Diese Prozesse sollten fortgeführt werden.

Herr Strüwer fragt nach, ob sich hier für Hagen ein neuer Ansatz bieten könne oder ob das für Hagen nicht relevant sei.

Frau Haack hält das für nicht ganz unproblematisch. Was den Kinderhort Haspe angehe, sei von vorneherein klar gewesen, dass er in den offenen Ganztags übergehen würde. Es gehe ja nur um diese eine Verschiebung. Zu den anderen Kinderhorten überläßt Frau Haack Herrn Haensel die Gelegenheit, sich zu äußern.

Herr Haensel bezieht sich auf die Knüwenstraße im Stadtteil Kabel. Hier stehe man trotz der vorhandenen Probleme zu dem gemeinsam gefassten Beschluss, die beiden Hortgruppen abzuschaffen. Er möchte eine kleine Korrektur anbringen. Man habe nicht 15 betreute Grundschul Kinder, darunter 20 mit Migrationshintergrund. Das könne natürlich nicht sein. Es seien 24 Kinder von den 30, die im Grundschulalter seien und davon hätten 20 Kinder Migrationshintergrund.

Herr Strüwer schließt den Stadtbezirk Haspe ab und geht weiter zum Stadtbezirk Mitte.



Frau Gerber möchte wissen, inwieweit aktuelle Anmeldezahlen berücksichtigt werden konnten. Sie wisse zum Beispiel von der Einrichtung Cunostraße, dass hier eine hohe Anmeldezahl aus der näheren Umgebung vorliege und ob die Möglichkeit bestünde, die Schließung der Gruppe um ein Jahr zu verschieben.

Frau Haack antwortet, dass die aktuellen Anmeldezahlen bei der Fertigung der Vorlage keine Rolle gespielt hätten. Diese Vorlage drehe sich ausschließlich darum, was sich in der offenen Ganztagschule verschiebe und welche Konsequenzen dies auf die aktuelle Kindergartenplanung habe. Aus diesem Grund seien die Anmeldezahlen auch nicht berücksichtigt worden. Die Anmeldungen in den Kindertageseinrichtungen liefen im Moment und es könne erst ca. in 4 bis 5 Wochen festgestellt werden, wieviele Kinder übrig blieben. Es gebe natürlich auch Dreifach- und Vierfachanmeldungen. Dann würde sich nach Auswertung dieser Daten die Zahlen bei manchen Einrichtungen auch erheblich reduzieren.

Herr Machatschek fügt hinzu, dass Mitte März mit Ergebnissen zu rechnen sei.

Herr Schurgacz berichtet, dass zum Kindergarten An der Egge 3 a schon gesicherte Zahlen vorlägen. Die Einrichtung sei voll belegt. Dies seien alles Kinder aus dem Einzugsgebiet des Kindergartens. Es bestehe eine Warteliste mit 13 Kindern. Die Gruppe könne nicht – wie in der Vorlage dargestellt – in diesem Jahr geschlossen werden.

Herr Schledorn bemerkt, dass man sich im Moment im Hinblick auf die Kindergartenplanung in einem schwierigen Prozess befinde. Er hält es für den richtigen Weg, die Verwaltung zu bitten, den Prozess in Ruhe und Sachlichkeit weiterzuführen und die Verhandlungen mit den Trägern zu führen. Dann sei man auf einem guten Weg.

Herr Strüwer macht deutlich, dass dies zunächst die Möglichkeit hier sei, Problempunkte anzubringen. Von Seiten der Verwaltung bestehe ja dann noch die Möglichkeit, die aufgezeigten Problemfelder zu beleuchten.

Herr Schurgacz macht nochmal deutlich, dass den bestehenden Bedarfen trotz der bestehenden Planung Rechnung getragen werden müssten.

Herr Strüwer weist nochmal darauf hin, dass hier und heute keine Kindergartenbedarfsplanung gemacht werde.

Frau Haack fasst zusammen, dass man nach Vorliegen der endgültigen Anmeldezahlen nochmal endgültig schauen müsste, wo Gruppen geschlossen und wo welche weitergeführt werden müssten. Das mache aber erst Sinn, wenn die Fakten vorlägen.

Herr Fischer möchte auf den engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung in der Schule und der Folgenentwicklung in Tageseinrichtungen hinweisen. Man dürfe die eingeschlagene Richtung nicht aus den Augen verlieren.



Herr Haensel nimmt Bezug auf das Haus Zoar im Bezirk Emil-Schumacher-Straße in Wehringhausen. Mit dem Träger dieser Einrichtung sei kein Einvernehmen hergestellt worden. Hier sei noch Gesprächsbedarf vorhanden.

Herr Steuber sieht die Gefahr, dass hier verschiedene Planungsprozesse miteinander vermischt würden. Er bittet jedoch, für einen bestimmten Zeitraum an der gefassten Planung festzuhalten.

Herr Reinke könnte sich vorstellen, dass die Ankündigung der Verwaltung, heute eine alle Bereiche umfassende Vorlage vorzulegen, zu dieser Irritation geführt habe.

Herr Steuber teilt mit, dass nicht bei allen Vorlagen eine einheitliche Verwaltungsmeinung gebildet werden konnte und bedauert, dem Ausschuss daher heute noch keine Vorschläge dahingehend machen zu können. Sie mussten daher in den internen Beratungsgang zurückgehen.

Herr Strüwer geht davon aus, dass bei Beschlussfassung ganz klar getrennt werden müsse, was mit offenem Ganztage zu tun habe und was nicht.

Herr Fischer nimmt Bezug auf die von Herrn Haensel angesprochene Einrichtung Haus Zoar. Er führt aus, dass es auch im offenen Ganztage Kinder gebe, die eine besondere Hilfestellung benötigten. Hier habe man in der Vergangenheit die Möglichkeit gehabt, mit Haus Zoar zusammenzuarbeiten. Bräuche dieses Angebot damit weg oder bliebe es erhalten?

Frau Haack weist darauf hin, dass die Punkte, die letztes Jahr so vereinbart worden seien, auch bestehen geblieben seien.

Herr Fischer zieht das Fazit, dass man feststellen müsse, dass die Daten, die hier in Bezug auf Kindergartenplanung dargestellt seien, bei Bedarf an anderer Stelle diskutiert werden müssten.

Herr Dücker hält diese Lösung für problematisch, weil diejenigen im Vorteil seien, die diese Daten für die Kindergärten hätten und die im Nachteil seien, wo diese Daten noch nicht vorlägen.

Herr Schurgacz erklärt, dass die Kindergartengruppe in der Einrichtung Pfefferstück wegen der hohen Nachfrage nicht abgebaut werden kann. Die Kosten hierfür würden von der katholischen Kirche getragen.

Herr Strüwer schließt den Stadtbezirk Mitte ab und geht weiter zum Stadtbezirk Nord, Hohenlimburg und Eilpe-Dahl.

Herr Gebauer möchte wissen, was sich hinter den Überlegungen zu der Liebfrauengrundschule verbirgt.

Frau Haack antwortet dazu, dass bisher die Freiherr-vom-Stein-Schule offene Ganztage Schule gewesen sei. Es habe einzelne Anfragen von Eltern von Kindern aus der Liebfrauenschule gegeben. Da sich der Bedarf insgesamt noch



nicht so herausgestellt habe, seien die Kinder in die Ganztagsbetreuung der Freiherr-von-Stein-Schule mit übernommen worden. Es seien Überlegungen im Gange, dass es, wenn die Liebfrauenschule die eine Gruppe bekäme, auch zu gemeinsamen Strukturen käme.

Herr Strüwer leitet über zu den Teilen C und D.

Herr Kortmann berichtet, dass der bisherige Stellenanteil von 0,1 nach den neuesten Erlassen der Landesregierung wieder kapitalisiert werden könne. Lediglich der neue Stellenanteil von 0,1 müsse mit Lehrerstellen besetzt werden.

Frau Opitz-Hildebrand teilt mit, dass die Schulen mit diesem Verfahren einverstanden seien.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf das wichtige Thema der Elternbeiträge.

In diesem Zusammenhang stellt Frau Klos-Eckermann den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, den finanziellen Bedarf zu ermitteln, den Kindern, deren Eltern die finanziellen Mittel nicht aufbringen können, ein kindgerechtes Mittagessen zur Verfügung zu stellen (Notfalltopf). Die Zahlen sollten in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.03.06 vorgestellt werden.

Herr Grzeschista lobt die Analyse, aus der man erkennen könne, welcher Teil der Eltern in Abhängigkeit ihres Einkommens ihre Kinder in die Einrichtungen schickten. Er bäte um eine Gegenüberstellung auf gleicher Basis strukturiert, welche Eltern ihre Kinder in die Kingergärten schickten. Daraus könne man dann ableiten, welcher Teil der Bevölkerung die offene Ganztagschule besser annehme.

Frau Haack kann diese Fragen anhand der vorliegenden Daten beantworten und erläutert die Zahlen.

Herr Gebauer weist unter Bezugnahme auf die Beitragstabelle darauf hin, dass für die Geschwisterkinder der halbe Beitrag gezahlt werden müsste. Das unterscheidet sich von der Beitragszahlung für die Kindertageseinrichtungen. Es falle nicht allen Eltern leicht, diese Beträge aufzubringen, die Kinder gemeinsam im offenen Ganztage unterzubringen.

Herr Steuber teilt mit, dass geplant sei, mit dem Anmeldeformular gleichzeitig eine Ermächtigung zur Lastschrift mitzuschicken, da in der Vielzahl der Fälle ein Zwangsvollstreckungsverfahren keinen Erfolg verspreche.

Herr Strüwer stellt den anfangs gestellten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Gleichzeitig wird der Rat der Stadt Hagen gebeten, erst in der Ratssitzung am 30.03.06 endgültig einen Beschluss zu fassen, nachdem alle Bezirksvertretungen über die Vorlage beraten haben und der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 14.03.06 erneut darüber beraten hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen.**
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55/M 07) –Zweite Lesung-
Vorlage: 1085/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert daran, dass Herr Dr. Schmidt in der letzten Sitzung gesagt habe, einen Vorschlag machen zu wollen, wie man die entstehenden Mehrkosten möglicherweise kompensieren könne. Er fragt nach, ob die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten könne.

Herr Steuber antwortet, dass man dem Konsolidierungsmanagement am 11. Januar einen alternativen Vorschlag unterbreitet habe. Der sähe so aus, dass als Ersatz für diese wegbrechende Maßnahme aus dem Stellenplan 2006 ein Anteil hierzu genommen werden könne. Auf Frage von Herrn Strüwer nennt Herr Steuber die Bereiche, aus denen die Einsparungen vorgenommen werden sollen. Die entsprechenden Beratungen zum Stellenplan fänden im April in diesem Ausschuss statt.

Herr Strüwer möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass auch an anderen Stellen wie in der vorherigen Vorlage und auch in der danach zu beratenden Vorlage jeweils neue Konsolidierungsdelta entstünden, die dazu führten, dass man auch mit einem solchen Einsparungsvorschlag nicht zu einer hundertprozentigen Deckung in allen Bereichen käme. Er schlägt vor, eine Abstimmung vorzunehmen.

Herr Schledorn weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss dem Schulausschuss vor Beschlussfassung die Gelegenheit geben wollte, über die Angelegenheit zu beraten. Da die beiden Sitzungen im Januar ausgefallen seien, habe der Schulausschuss noch keine Gelegenheit gehabt, darüber zu beraten. Es wäre daher konsequent, heute eine zweite Lesung daraus zu machen, bevor ein endgültiger Beschluss gefasst würde.



Inhaltlich merkt er an, dass es sinnvoll sei, einem Psychologen im höheren Dienst eine Schreibkraft zur Unterstützung an die Seite zu stellen.

Herr Strüwer stellt den von Herrn Schledorn angeregten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Eine endgültige Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss über den Wegfall freiwilliger Leistungen im Schulpsychologischen Dienst soll erst erfolgen, nachdem der Schulausschuss erneut über die Vorlage beraten hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Auswirkungen Landeshaushalt 2006 Mündlicher Bericht

Herr Steuber stellt den heutigen Stand der geplanten Kürzungen im Landeshaushalt vor.

Herr Haensele hält dies für eine erschütternde Entwicklung im sozialen Bereich. Er berichtet, er habe als Vorsitzender der freien Wohlfahrtspflege Herrn Dr. Schmidt angesprochen und um eine gemeinsame Sitzung der Verbände und der Verwaltung gebeten. Hier sollten verschiedene Prozesse abgestimmt werden.

Herr Steuber ergänzt, die Einladungen für diese Sitzung für den 8. März, seien heute bereits verschickt worden.

Herr Strüwer äußert die Hoffnung, dass die Beratungen hierzu noch anstünden und man sich gewissen Sachzwängen nicht verschließen könne.



10. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen**
hier: Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe
55-M 05
Vorlage: 0064/2006

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

1. Die Maßnahmen zur Absenkung der Kosten der Erziehungshilfe im Fachdienst für Pflegekinder sind weiter umzusetzen.
2. Nach dem Ergebnis aus 2005 ist ein weiterer Personalausbau für 2006 noch nicht erforderlich.
3. Der Erfolg der Maßnahme wird jährlich im Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss überprüft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. **Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz**
Mündlicher Bericht

Herr Kothe stellt die Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz vor.
Die Ausführungen sind dem Protokoll **als Anlage** beigelegt.



12. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

Herr Reinke nimmt Bezug darauf, dass von der Landesregierung geplant worden sei, Familienzentren in den Städten einzurichten. Er möchte wissen, ob es in Hagen hierzu Überlegungen gebe, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Machatschek berichtet, dass es eine Klausurtagung zu diesem Thema gebe. Dies sei geplant für den 14.02.06 in der AG III.

Herr Steuber ergänzt, dass auf jeden Fall geplant sei, für Hagen einen solchen Antrag zu stellen. Die Landesregierung habe die Absicht, in jedem Jugendamtsbezirk ein solches Familienzentrum zu errichten und zu fördern. Es werde aber im Wesentlichen darum gehen, die Prozeßorganisation zur Installation eines solchen Familienzentrums zu begleiten.

Herr Decker hat eine Anfrage zu der Immobilie Schlachthof, die sich in städtischem Besitz befindet. Diese werde an Jugendliche für die Nutzung als Proberäume vermietet. Er möchte wissen, wie sich hier im Moment der Mietspiegel darstelle und wie er sich seit einem Jahr verändert habe (**siehe Anlage**).

Herr Schledorn nimmt Bezug auf die vorher schon angesprochenen Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Jugendliche. Da Herr Waßmuth diese Frage nicht habe beantworten können, bitte er die Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung festzustellen, welche Kurse zu welchem Zeitpunkt im vergangenen Jahr für diesen Personenkreis eingerichtet worden seien (**siehe Anlage**).

Ende des öffentlichen Teiles: 19.45 Uhr

C. ANWESENDE

Name

Frau Burg-Ahrendt, Claudia Jugendring
Frau Dannert, Ulrike CDU-Fraktion
Herr Dr. Brauers, Thomas - Fachbereich Jugend & So-
ziales
Herr Finkensiep, Michael
Herr Fischer, Frank c/o Evangelische Jugend Ev. Jugend
Herr Gebauer, Michael Caritas
Frau Gerber, Katrin - Bündnis 90/Die Grünen
Herr Goldbach, Rainer - Fachbereich Jugend & Soziales

Herr Grzeschista, Michael - AWO
Frau Haack, Renate - Fachbereich Jugend & Soziales

Herr Haensel, Thomas Diak. Werk
Frau Hirsch, Marina - SPD-Fraktion
Herr Kortmann, Frank - Amt für Schulverwaltung
Herr Kothe, Eckardt - Fachbereich Jugend & Soziales

Herr Kothe, Eckardt - Fachbereich Jugend & Soziales

Frau Lebuser, Christiane - Jugendrat
Frau Opitz-Hildebrand, Gisela Schulaufsicht
Herr Quitter, Uwe - VB 2/KM
Herr Schmidt, Stefan
Frau Schmieta, Petra - ARGE
Frau Schulz, Ingrid Tagesmütterwerk
Herr Schurgacz, Johannes Kath. Kirche
Herr Steinhoff, Manfred - Fachbereich Jugend & Soziales

Herr Steinkamp, Martin - Fachbereich Jugend & Soziales

Herr Steuber, Gerd Fachbereich Jugend & Soziales
Stadt Hagen

Herr Traut, Frederik - Jugendrat
Herr Waßmuth, Werner - Agentur für Arbeit Hagen
Herr Werthmann, Walter - Rechnungsprüfungsamt
Herr Zoremsky, Joachim Polizeipräsidium
Hagen

Frau Klos-Eckermann, Sybille SPD
Herr Schledorn, Jörg SPD
Herr Reinke, Detlef CDU
Herr Strüwer, Wilhelm CDU
Herr Dücker, Victor FDP
Herr Decker, Frank BfH



Gez. Strüwer

Willi Strüwer

Vorsitzender

Gez. Krause

Sabine Krause

Schriftführerin